

# „Entwicklung — Gerechtigkeit — Frieden“

Beobachtungen zum gleichnamigen Kongreß  
in Bad Godesberg vom 24.-27. Januar 1979

Der entwicklungspolitische Kongreß „Entwicklung — Gerechtigkeit — Frieden“, der von den großen Laienorganisationen der beiden Kirchen, dem Deutschen Evangelischen Kirchentag und dem Zentralkomitee der Deutschen Katholiken sowie den Zusammenschlüssen der kirchlichen Entwicklungsdienste auf evangelischer und katholischer Seite, der Arbeitsgemeinschaft kirchlicher Entwicklungsdienst und dem katholischen Arbeitskreis Entwicklung und Frieden vom 24. bis 27. Januar 1979 in Bad Godesberg veranstaltet wurde, verdient in mehrfacher Hinsicht Beachtung.

1. Allein die Tatsache, daß ein solcher kirchlicher Kongreß mit einer so hochrangigen personellen Besetzung stattgefunden hat, ist in sich schon ein wichtiges Ereignis. Sie reichte vom Bundespräsidenten, den beiden höchsten Repräsentanten der evangelischen und der katholischen Christenheit in der Bundesrepublik Deutschland über die Spitzenvertreter der im Bundestag vertretenen Parteien und der wichtigen gesellschaftlichen Verbände (DGB, Bauernverband, Deutscher Industrie- und Handelstag) bis hin zu den vielen entwicklungspolitischen Fachleuten aus Kirche und Gesellschaft. Über 800 Personen waren anwesend. Vor nicht allzu langer Zeit wäre das kaum vorstellbar gewesen.

Der Kongreß selbst ist als ein öffentlicher Zwischenschritt eines auf mehrere Jahre angelegten Dialogprogramms „Entwicklung als internationale soziale Frage“ zu verstehen, das die kirchlichen Entwicklungsorganisationen vor etwa zwei Jahren begonnen haben. Das bedeutet, daß eine Fortsetzung der Gespräche zwischen der Kirche und den politischen Parteien und gesellschaftlichen Kräften vorgesehen ist. Die auf dem Kongreß öffentlich gegebenen Zusagen oder Angebote haben daher keinen bloß deklamatorischen Wert, sondern sind in bewußter Kenntnis der nachfolgenden Gespräche gemacht worden, in denen die konkreten Schritte vorbereitet werden sollen. Ende 1979 wird Bilanz gezogen. Für alle Beteiligten ist das ein heilsamer Druck.

Karl Osner hat dieses Dialogprogramm als ein erstes gemeinsames Entwicklungsprojekt der Kirchen in der Bundesrepublik genannt. Das ist es in der Tat. Entwicklungsprojekte sind eben nicht nur Aktivitäten in den Ländern der sogenannten Dritten Welt, bei denen wir als Angehörige einer reichen Industrienation finanziell und personell helfen. Vielmehr ist entwicklungspolitische Aufklärungsarbeit bei uns eine gleichrangige Entwicklungsaufgabe. So könnte dieses Dialogprogramm und der Kongreß dazu beitragen, daß im Bewußtsein der Bevölkerung der Schritt von der Entwicklungshilfe zur Entwicklungspolitik vollzogen werden kann.

In diesem Zusammenhang ist wichtig darauf hinzuweisen, daß führende kirchliche Vertreter aus Entwicklungsländern an diesem Kongreß teilnahmen und zu Wort gekommen sind. Daß Entwicklungsprojekte in Übersee nur im engsten Zusammenwirken mit den Partnern dort betrieben werden können, wenn sie Erfolg haben sollen, ist jedermann einsichtig. Daß dieses auch umgekehrt gilt, wenn Entwicklungsprojekte bei uns durchgeführt werden sollen, müssen wir wohl alle noch

lernen. Der Kongreß ist da ein erster Schritt gewesen, der vielleicht etwas zaghaft ausgefallen ist.

Auf dem Kongreß ist mehrmals davon die Rede gewesen, daß die Kirchen mit ihrem Dialogprogramm so etwas wie einen entwicklungspolitischen Grundkonsens in unserer Gesellschaft anstreben. Diese Absicht darf nicht mit einem die Interessengegensätze nivellierenden Harmoniestreben verwechselt werden. Das Programm will gerade bei den legitimen Interessen der an diesem Dialog beteiligten Gruppen ansetzen. Der Streit um die besten Methoden und Strategien der Entwicklungspolitik wird dabei als ein notwendiges und erkenntniserhellendes Mittel angesehen. Insofern ist der Dialog antiharmonistisch. Da dieses Programm handlungsorientiert, d.h. auf konkrete Schritte angelegt ist, wird man aber mit Nachdruck darauf drängen müssen, daß man von einem Schlagabtausch positioneller Argumente wekommt und sich um eine differenzierte Analyse der Situation in Übersee und bei uns bemüht, um von da aus Ansätze für einen konstruktiven Interessenausgleich zu finden.

Ein Grundkonsens ist aber auch nicht so etwas wie eine konfliktfreie Zone der stillschweigenden entwicklungspolitischen Übereinkunft der Kundigen und Macher. Jeder der an diesem Dialog beteiligten Partner muß intern und öffentlich das vertreten, was die Mitglieder seiner Gruppe mitzutragen bereit sind. Man könnte den Grundkonsens mit dem Bild einer Demarkationslinie vergleichen, hinter die man nicht mehr zurückgehen kann. Wo sie zu ziehen ist, ist Sache aller Beteiligten. Dabei darf es nicht zu einem prinzipiellen Dissens zwischen Ethik und Interesse kommen. Aber bei allen Beteiligten muß anerkannt sein, daß die Vertretung der eigenen Interessen nur in konstruktiver Auseinandersetzung mit den Interessen der anderen Anspruch auf Seriosität besitzt.

Die Suche nach einem solchen Grundkonsens impliziert auch den Verzicht auf eine wechselseitig betriebene Form der Verdächtigung der Motive der jeweils anderen Seite. Nur die Prüfung der Argumente, und seien sie noch so kontrovers, führt weiter, nicht aber eine Motivanalyse.

Für den Kongreß waren die ökumenischen Gottesdienste und Andachten nicht ein frommes Dekor, sondern integraler Bestandteil des gesamten Programms. Die offene und entspannte Atmosphäre, in der man sich bewegte und diskutierte, war sicherlich nicht zuletzt Folge dieser gemeinsamen geistlichen Erfahrungen.

2. Das inhaltliche Ergebnis dieses Kongresses, der sich in Grundsatzfragen und Diskussionen in sieben verschiedenen Arbeitsgruppen, in der die ganze Bandbreite der entwicklungspolitischen Debatte angesprochen wurde, wird sich erst am Schluß des Gesprächsprozesses am Ende dieses Jahres präzise beschreiben lassen. Im Augenblick sind nur folgende Teilergebnisse festzuhalten:

Alle Beteiligten haben öffentlich erklärt, daß ohne *Opfer* eine wirksame Entwicklungspolitik nicht betrieben werden kann. Wenn Vertreter des Bauernverbandes, der Wirtschaft, der Gewerkschaften und der Parteien sich uneingeschränkt für die weitere Öffnung unseres Marktes für Produkte aus den Entwicklungsländern eingesetzt haben und auch nicht verschweigen, welche Risiken das für Arbeitsplätze und bestimmte Bereiche in Industrie und Landwirtschaft enthält, so ist das m.E. eine beachtliche Aussage.

Das wird auch nicht dadurch geschmälert, daß angesichts der bisherigen realen Leistungen auf dem Gebiet der öffentlichen Entwicklungshilfe und strukturellen Anpassungsmaßnahmen der Begriff des Opfers problematisch wurde. So hat niemand der Aufforderung des Bundesgeschäftsführers der SPD, Egon Bahr, widersprochen, der einen verbindlichen Stufenplan zur Erreichung des 0,7% Zieles an öffentlicher Entwicklungshilfe vorschlug, gemessen am Bruttosozialprodukt unseres Landes, zu dem sich die Bundesrepublik bekannt hat. Es ist zu hoffen, daß in den multilateralen Gesprächen in Fortsetzung dieses Kongresses ein solcher Stufenplan konkrete Gestalt annimmt. Der jetzige Stand von 0,27% (BSP) an öffentlicher Entwicklungshilfe ist beschämend für unser Land.

Für die Diskussion um die Vor- und Nachteile der von der Mehrheit der Entwicklungsländer geforderten „Neuen internationalen Wirtschaftsordnung“ dürfte dieser Kongreß auch einige wichtige Akzente liefern. Zwar ist nach wie vor umstritten, ob nicht eine solche Ordnung zu einem weltweiten Dirigismus führt und zu den bestehenden Problemen noch neue bringt. Aber es wurde auch erkennbar, daß eine bloße Defensive der marktwirtschaftlichen Ordnung nicht ausreicht, sondern konkrete konstruktive Alternativen entwickelt werden müssen, damit das dramatische Gefälle zwischen Industrie- und Entwicklungsländern nicht zu einem weltwirtschaftlichen Kollaps führt.

Es ist von allen auf dem Kongreß zu Wort gekommenen Gruppen, Verbänden und Parteien darauf hingewiesen worden, daß unbeschadet der eigenen ordnungspolitischen Vorstellungen die Entwicklungsländer selber darüber entscheiden müssen, welche Entwicklung und soziale Ordnung sie wollen. Zugleich ist betont worden, daß eine Beteiligung der breiten Schichten der Bevölkerung am Entwicklungsprozeß, gerade auch der Selbsthilfebewegungen, u.a. vorrangiges Ziel entwicklungspolitischer Maßnahmen sein muß. Nimmt man dies zusammen mit der Anerkennung der Notwendigkeit, daß die Befriedigung der Grundbedürfnisse der Massen höchste Priorität besitzt, so ergibt sich eine tragfähige Grundlage für einen Dialog über die wirksamsten Methoden einer an diesen Zielen orientierten Entwicklungspolitik. Freilich ist das im Vergleich zu der Entwicklungsstrategie des Ökumenischen Rates der Kirchen, die bewußt auf die Armen als Subjekt der Entwicklung abzielt und die Armen selbst in ihrem Kampf gegen Ungerechtigkeit und Ausbeutung stützen will, nur ein erster Schritt. Aber er zielt in die gleiche Richtung.

Wie nicht anders zu erwarten, spielte die Gewaltproblematik, d.h. die Frage der Unterstützung von Befreiungsbewegungen, auch auf diesem Kongreß eine erhebliche Rolle. Obwohl diese Frage im entwicklungspolitischen Umfeld eher ein Randproblem darstellt, ist sie in unserer innenpolitischen Situation von besonderem Interesse. Hier standen die gegensätzlichen Meinungen, wenigstens was die öffentlichen Aussagen angeht, noch ziemlich schroff einander gegenüber. Während die Vertreter der SPD für ein kollektives Widerstandsrecht eintraten und von daher auch eine politische und finanzielle Unterstützung solcher Gruppen forderten, die anders als durch Gewaltanwendung keine Änderung der bestehenden diskriminierenden Verhältnisse zu erreichen sich erhoffen, wurde dies von anderen Gruppen kategorisch unter Hinweis auf den prinzipiellen Gewaltverzicht zur Erreichung politischer Ziele, zu dem sich die Bundesrepublik bekannt hat, abgelehnt. Es ist zu hoffen, daß es in den nachfolgenden Gesprächen gelingen wird, einmal den wirklichen

Stellenwert dieser Frage in Zusammenhang mit der Entwicklungsproblematik zu erkennen und zugleich Gesichtspunkte für eine differenzierte Betrachtung und Behandlung zu entwickeln. Viel wäre schon gewonnen, wenn die gegensätzlichen Positionen nicht gleich innenpolitisch so verrechnet würden, daß die einen in die Nähe des Terrorismus gerückt werden und die anderen als Reaktionäre, die nur den Status quo zu verteidigen betrachten, bezeichnet werden.

Zieht man die Summe aus diesem Kongreß, so kann man feststellen: Den Kirchen ist es gelungen, die Repräsentanten der Parteien und Verbände unserer Gesellschaft in den entwicklungspolitischen Dialog miteinzubeziehen. Ein erster Schritt aus dem kleinen Zirkel der Interessenten und Engagierten ist damit getan. Die kommenden Gespräche müssen nun zeigen, ob es eine wirkliche Öffnung in die Gesellschaft gewesen ist, die den entwicklungspolitischen Handlungsspielraum entscheidend vergrößert.

*Günter Linnenbrink*

## Lateinamerikanischer Rat der Kirchen im Aufbau\*

Die Bedeutung der Versammlung lateinamerikanischer Kirchen in  
Oaxtepec/Mexico  
vom 19. bis 26. September 1978

Ein katholischer Beobachter aus Mexico bedauerte in einem Artikel, daß die Kirchenversammlung von Oaxtepec so sehr im Schatten der Bischofskonferenz von Puebla stehe. Sie verdiene größere Aufmerksamkeit, auch wenn Lateinamerika katholisch geprägt sei und die Protestanten eine zwar dynamische, aber doch noch immer leicht übersehbare Minderheit bildeten. Der Beobachter meint, das Treffen der evangelischen Kirchen und ökumenischen Organisationen aus Lateinamerika könne auch Katholiken helfen zu verstehen, was Einheit der Christen im Kontext Lateinamerikas heute bedeutet: nicht abgewogene Lehre, nach rechts wie links gegen Mißverständnisse abgesichert, sondern gelebte Begegnung mit dem lebendigen Christus, dem Christus, der sich den Armen zuwendet. Einheit nicht um ihrer selbst willen, sondern als Voraussetzung und Ausdruck der Treue zu dem Evangelium, das vor allem den Armen gilt, dem „Volk“ Lateinamerikas.

So hatte es im Aufruf zur Versammlung lateinamerikanischer Kirchen geheißen: „Sie soll in der Begegnung mit Jesus Christus und der Feier seiner Gegenwart Ausgang für größere Einheit des Volkes der Christen sein und dadurch für größere Treue zum Evangelium im Heute Lateinamerikas.“

Hat das Ereignis von Oaxtepec den Erwartungen entsprochen? Über 300 Personen aus ganz Lateinamerika kamen Ende September 1978 in Oaxtepec zusammen, Vertreter von 110 selbständigen Kirchen sehr unterschiedlicher Größe und 10 kontinentalen christlichen Organisationen. Begegnung miteinander und gemeinsames Nachdenken über die Einheit des Volkes Gottes und die Aufgabe der Kirche in Lateinamerika sollte dieses Treffen ermöglichen. Im Unterschied zu früheren Kirchen-

\* Vgl. ÖR H. 1/78, 108 ff.